

Deutsch-deutsche Sternstunde.

Anmerkungen zu den Einigungsverhandlungen im Sommer 1990.

Vortrag zur Feier des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Einigungsvertrages am 31. August 2015 im Kronprinzenpalais in Berlin.

Peter Graf Kielmansegg

Die Wiedervereinigung Deutschlands nach fast einem halben Jahrhundert der Teilung – einer Teilung, die tief in einem Weltkonflikt verwurzelt war – musste jedem, der sie wachen historischen Sinnes miterlebte, als ein Wunder der Geschichte erscheinen. Aber selbst angesichts eines solchen unglaublichen Ereignisses scheuen die Historiker sich, die Frage zu stellen, ob es auch anders hätte kommen können. Das hat seine guten Gründe. Ihre ureigenste Aufgabe ist es ja zu erklären, warum es so gekommen ist, wie es gekommen ist; also gleichsam in die Gegenrichtung zu denken. Zudem verstehen sie sich als Wissenschaftler. Wissenschaftler aber sehen sich nicht als zuständig für Fragen an, auf die es keine anderen als spekulative Antworten geben kann.

Und doch sind die beiden Fragen offensichtlich nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ich will denn auch die spekulative Gegenfrage „Hätte es auch anders kommen können?“ gleichsam als Folie für meine an der Frage „Warum ist es so gekommen, wie es gekommen ist“ orientierten Bemerkungen nutzen. Für die den Zeitvorgaben geschuldete Skizzenhaftigkeit dieser Bemerkungen bitte ich im Vorhinein um Nachsicht. Auch muss ich daran erinnern, dass ich dem Anlass gemäß nur über den Einigungsvertrag sprechen werde. Der internatio-

nale Strang des Vereinigungsprozesses bleibt notgedrungen außer Betracht. Nur an die Notwendigkeit der Synchronisierung der deutsch-deutschen mit den internationalen Verhandlungen will ich im Vorübergehen erinnern. Selbst der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der doch eigentlich nichts anderes war als der erste Teil eines in zwei Teile gegliederten Einigungsvertrages, wird nur am Rande ins Blickfeld geraten.

Was nun den Einigungsvertrag, um den es hier und heute geht, betrifft, so werden Sie von mir nicht erwarten, dass ich den Gang der Verhandlungen erzählend rekonstruiere – vor mir sitzen ja die Hauptakteure, die mir am Ende vermutlich sagen würden, es sei alles ganz anders gewesen. Ich will vielmehr versuchen, einige systematisch angelegte Bemerkungen zur Verhandlungskonstellation zu machen, um aus ihnen wenigstens Elemente einer Antwort auf meine beiden Leitfragen „Warum ist es so gekommen, wie es gekommen ist?“ und „Hätte es auch anders kommen können?“ zu gewinnen.

Die Verhandlungskonstellation skizzieren heißt die Konfliktkonstellationen nachzeichnen, die in den Verhandlungen zu bewältigen waren, die hauptsächlich jedenfalls. Bevor die in den Blick genommen werden können, muss vorab aber eine elementare Vorgegebenheit festgehalten werden: Der Vereinigungsprozess wurde vorwärtsgetrieben von einer Dynamik, die niemand unter Kontrolle hatte – der Dynamik des rasch fortschreitenden inneren Zerfalls der DDR. Diese Zerfallsdynamik war die erste, stärkste, schlechthin entscheidende Determinante der stürmischen Entwicklung. Alle Handelnden waren, von ihr her gesehen, Getriebene, nicht Treibende. Das gilt für die 2+4-Verhandlungen: Die Zerfallsdynamik war es, die die Sowjetunion, aber auch die zögernden Partner Frankreich und England zwang, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Die Zerfallsdynamik war es, die es notwendig machte, den Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in größter Eile vorzuziehen. Und die Zer-

fallsdynamik war es auch, die die Verhandlungen über den Einigungsvertrag vorwärtsdrängte und ihnen ihre immer knapper werdenden Fristen setzte.

Dass in der Dynamik des Zerfalls der DDR die offene Grenze zum westlichen Deutschland hin eine wesentliche Rolle spielte, braucht kaum gesagt zu werden. Sie trug entscheidend dazu bei, den Prozess unaufhaltsam und unkontrollierbar zu machen; dazu, dass die DDR nicht einmal vorübergehend stabilisierbar war. Sie setzte zugleich die Bundesrepublik durch den Übersiedlerstrom unter hohen Handlungsdruck. Dieser Handlungsdruck wirkte am stärksten im ersten Halbjahr 1990. Aber er hat auch die Verhandlungen über den Einigungsvertrag noch überschattet.

Die Konfliktkonstellationen, die in den Focus rücken zu wollen ich angekündigt habe, lassen sich am besten beschreiben, wenn wir zwischen den Konfliktlinien und den Konfliktmaterien unterscheiden. Beginnen wir mit den Konfliktlinien, besser vielleicht Spannungslinien, weil Konflikt und guter Wille zur Kooperation oft genug Hand in Hand gingen. Drei haben die Verhandlungen bestimmt – aber nicht in säuberlichem Nebeneinander, sondern ineinander verflochten: die Spannungslinie Ost-West, die Spannungslinie Bund-Länder und die Spannungslinien des Wettbewerbs zwischen den Parteien.

Das Verhältnis der beiden verhandelnden Staaten zueinander, um davon zuerst zu reden, war durch eine elementare Asymmetrie gekennzeichnet. Das Grundgesetz hatte in Art. 23 Satz 2 vorentschieden, dass „andere Teile Deutschlands“ ein Recht hätten, der Bundesrepublik beizutreten. Das bedeutete: Die DDR konnte ja oder nein zur Wiedervereinigung sagen; und die Volkskammer hat den Beitritt dann ja auch tatsächlich beschlossen, bevor der Einigungsvertrag ausgehandelt war. Die Bundesrepublik hatte insoweit kein Mitentscheidungsrecht. Sie hatte ihre Entscheidung in der Verfassung vorweggenommen. Zugleich aber war jener Staat, bei dem das Entscheidungsrecht lag, ein bankrotter

Staat, allein schon aus ökonomischen Gründen ohne Chance des Überlebens. Sein Zusammenbruch konnte nur von der Bundesrepublik aufgefangen werden. Die DDR, heißt das, hatte die Wahl und hatte doch auch wieder keine Wahl. Die Bundesrepublik auf der anderen Seite hatte keine Wahl und war doch in jeder Hinsicht überlegen – eine Konstellation, in der einen ausbalancierten Vertrag auszuhandeln, eine alles andere als einfache Aufgabe war.

Was die Bund-Länder-Spannung angeht, so war der Anspruch der Länder, an den Verhandlungen durchgehend beteiligt zu werden, grundsätzlich wohlbegründet. Da der Beitritt der DDR sich als Beitritt fünf neuer Bundesländer und eines neu dimensionierten Bundeslandes Berlin vollziehen würde, war die Frage unabweisbar, was diese Erweiterung für die etablierte bundesstaatliche Ordnung bedeute. Die Länder traten mit zwei klaren Zielen an. Das erste: die finanziellen Folgelasten der Wiedervereinigung, von denen man wusste oder wissen konnte, dass sie unabsehbar sein würden, so weit wie irgend möglich dem Bund zuzuschieben; das zweite: bei Gelegenheit der Wiedervereinigung die verfassungsrechtliche Stellung der Länder im bundesstaatlichen Gefüge zu stärken. Das erste Ziel ist anders als das zweite mit größter Hartnäckigkeit verfolgt worden und hat in den Verhandlungen als ein Konflikt, den die westdeutsche Delegation in sich selbst zu bewältigen hatte, eine Schlüsselrolle gespielt.

Schließlich die Spannungen, die aus dem Parteienwettbewerb resultierten, auch dies wesentlich, obschon nicht ganz und gar, eine innerwestdeutsche Angelegenheit. Entscheidend für dieses Spannungsfeld war, dass das Jahr 1990 ein Wahljahr war, ein Jahr vieler Wahlen, vor allem aber der Wahlen entweder zum 12. westdeutschen Bundestag oder zum ersten gesamtdeutschen Parlament. Nicht dass die bevorstehenden Wahlen alle parteipolitischen Konflikte, die während der Verhandlungen hervortraten, verursacht hätten. Die Forderung der SPD etwa, Deutschland müsse sich bei Gelegenheit der Wiederverei-

nigung eine neue, vom Grundgesetz in wesentlichen Hinsichten unterschiedene Verfassung geben, hatte mit der Wahlkampfkonstellation des Vereinigungsjahres nicht unmittelbar etwas zu tun. Aber die Intensität und die Färbung der Auseinandersetzungen, die während der Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien ausgetragen wurden, sind wesentlich vom Ausblick auf die bevorstehenden Wahlen bestimmt worden. Und im Besonderen von der Tatsache, dass die Opposition, die SPD, sich für einen Kanzlerkandidaten entschieden hatte, den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, der nur wenig Sympathie für das Wiedervereinigungsziel aufbrachte und so seine grundsätzliche Skepsis mit dem taktischen Interesse des Oppositionsführers, der Regierung wo immer möglich Schwierigkeiten in den Weg zu legen, ziemlich mühelos zur Deckung bringen konnte.

Es gab Augenblicke, da sah es so aus, als triumphiere der Wahlkampf über den Einigungsprozess. Dass bis buchstäblich zur letzten Minute, bis tief in die Nacht vor der Unterzeichnung des Vertrages hinein verhandelt wurde, war nicht etwa Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West geschuldet, sondern der Starrheit der Parteifronten im Westen. Auch im Osten haben Konflikte zwischen den Parteien die Einigungsverhandlungen nicht gerade gefördert. Im August zerbrach die Große Koalition, mit erheblichen Rückwirkungen auf die Verhandlungen. Aber im Grunde waren die Weichen mit der Volkskammerwahl vom 18. März und ihrem eindeutigen Ergebnis gestellt. Der Parteienwettbewerb im Vorfeld der Bundestagswahl hätte ganz anders und sehr viel problematischer auf die Verhandlungen über den Einigungsvertrag eingewirkt, wenn die Volkskammerwahl, wie allgemein vorhergesagt, eine SPD-geführte Regierung hervorgebracht hätte. Der 18. März war ein für den Erfolg der Einigungsverhandlungen, die drei Monate später begannen, entscheidender Tag.

So notwendig für das Verständnis des Verhaltens zumal der westdeutschen Akteure die Erinnerung daran ist, dass 1990 ein Wahljahr war, so wenig darf man freilich darüber vergessen, dass es eben auch einen Zwang zur Gemeinsamkeit gab. Die Regierung wusste, dass sie die Opposition brauchte; im Bundestag um der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit bei der Ratifizierung des Einigungsvertrages willen und im Bundesrat ohnehin – dort besaß die SPD von der niedersächsischen Landtagswahl im April 1990 bis zur Regierungsbildung in den neuen Ländern die Mehrheit. Die Opposition andererseits wusste, dass sie sich einem vernünftig ausgehandelten Einigungsvertrag nicht würde verweigern können.

In einem komplexen Feld sich überschneidender Spannungslinien also war der Vertrag auszuhandeln. Und worüber wurde verhandelt? Über unendlich viel, wie es bei der Zusammenführung zweier fundamental unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftsordnungen nicht anders sein konnte. Die Leistung, die von den zuständigen Ministerialbürokratien in den zwei Verhandlungsmonaten erbracht wurde, ist bewunderungswürdig. Für meine Zwecke genügt es, in wenigen Sätzen an die Streitmaterien zu erinnern, die den Verhandelnden in je unterschiedlichen Konfliktkonstellationen die größten Schwierigkeiten bereiteten.

Wieviel von dem, was in der DDR unter die Überschrift „soziale Errungenschaften“ gestellt wurde, sollte fort dauern im wiedervereinigten Deutschland? Die ursprüngliche Wunschliste war nicht kurz. Am Ende blieben für den Einigungsvertrag zwei harte Themen: die zwischen 1945 und 1949 verfügten Enteignungen und der Schwangerschaftsabbruch. Die erste Frage war mit der Erklärung der beiden Regierungen vom 15. Juni bereits vorentschieden, als die Verhandlungen über den Einigungsvertrag begannen. Die Entscheidung lautete: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage sind nicht mehr rückgängig zu machen.“ Aber die Auseinandersetzungen

über diese Vorentscheidung dauerten bis zur Unterzeichnung des Vertrages und weit darüber hinaus fort. Die DDR und die SPD auf der einen Seite, die FDP und Teile der Union auf der anderen – das war der Frontverlauf in dieser Sache. Übrigens war auch die korrespondierende Entscheidung, für die Zeit nach 1949 der Rückgabe den Vorrang einzuräumen, umstritten. Die DDR war mit ihr nicht glücklich, die SPD sekundierte ihr. Aber in der Öffentlichkeit hat diese Entscheidung viel weniger Unruhe verursacht als die über die Enteignungen durch die frühe Bodenreform. Der Kompromiss zwischen Ost und West, der sich der letztlich etwas zufälligen Zeitgrenze 1949 bediente, war vielleicht kein besonders gelungener. Aber wenn Interessen und Rechtsüberzeugungen sehr hart aufeinandertreffen – und das war hier der Fall, sind die Chancen für einen guten Kompromiss nie groß.

Was den Schwangerschaftsabbruch angeht, so standen sich die Fristenlösung der DDR und die Indikationenlösung der Bundesrepublik, die in der Praxis freilich schon auf eine Beinahe-Fristenlösung hinauslief, gegenüber. Für die DDR war die Fortgeltung der Fristenlösung mindestens für eine Übergangszeit von Anfang an eine unverhandelbare Bedingung. Die Union tat sich schwer mit dieser Forderung. Es gehört zu den – man kann es kaum anders sagen – grotesken Zügen des Verhandlungsgeschehens, dass dieser Grundsatzkonflikt in seiner Schlussphase als innerwestdeutsches Tauziehen – hier SPD und FDP, dort die Union – um die Frage Tatort- oder Wohnortprinzip ausgetragen wurde und erst in allerletzter Minute entschärft werden konnte.

Weit über die Bewahrung von Errungenschaften – mit oder ohne Anführungszeichen – hinaus zielte der Gedanke, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten müsse konsequent als Gründung eines neuen Gemeinwesens gedacht und vollzogen werden. Davon wird gleich noch etwas ausführlicher die Rede sein müssen. Hier ist nur von Belang: Dieser Gedanke wurde von der DDR zwar

in die Verhandlungen eingebracht, aber, im Unterschied übrigens zur westdeutschen SPD, nicht nachdrücklich weiterverfolgt. Nur in einer, gleichsam symbolisch verdichteten Forderung blieb er auf dem Verhandlungstisch, und zwar als *conditio sine qua non*. Berlin müsse Hauptstadt und Regierungssitz werden, verlangte die DDR. Dagegen stellten sich mit erstaunlicher, die Berlin-Rhetorik von vier Teilungsjahrzehnten unbekümmert ignorierender Hartnäckigkeit die westdeutschen Länder, angeführt von Nordrhein-Westfalen. Am Ende blieb angesichts des Eigensinns, mit dem man von Düsseldorf aus den Anspruch Bonns, Regierungssitz zu bleiben, verteidigte, nur die Notlösung einer Vertagung der Entscheidung.

Schließlich die Frage: Wer trägt die Kosten der Vereinigung? Sie brachte, es konnte nicht anders sein, Bund und Länder gegeneinander in Stellung. Die Heftigkeit dieses Konfliktes klingt in Wolfgang Schäubles Erinnerungsbuch *Der Vertrag* in ziemlicher Schärfe nach: „Die intransigente Haltung der westdeutschen Länder hat mich erbittert und deprimiert“, heißt es an einer Stelle. Und an anderer: „Zwischen Krause und mir gab es stets die geringeren Probleme, wir beide wurden uns meist ziemlich schnell einig. Die weitaus größeren Probleme bereitete die eigene Delegation.“ Tatsächlich waren die Länder mit ihrer Verweigerungsstrategie im Wesentlichen erfolgreich. Dem Bund blieb nichts anderes übrig, als den größten Teil der Last allein zu schultern. Mit Ruhm haben sich die Länder in diesem großen historischen Augenblick nicht bedeckt.

Dass in dieser komplexen Konfiguration ein Vertrag, der dann auch noch in beiden Parlamenten die für notwendig gehaltene qualifizierte Mehrheit fand, in wenigen Wochen ausgehandelt werden konnte, darf man nicht für selbstverständlich halten, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass letztlich niemand bereit sein konnte, die Verantwortung für ein Scheitern zu übernehmen. Ohne den unbedingten Willen der beiden Verhandlungsführer zum Erfolg, ohne ihr

eisernes Festhalten an dem Prinzip, dass durch den Einigungsvertrag nur das zu regeln sei, was zwingend durch eben diesen Vertrag geregelt werden müsse, hätten die Verhandlungen durchaus auf die eine oder andere Klippe auflaufen können.

Mit diesen letzten Bemerkungen ist der Punkt erreicht, an dem wir uns, die Skizze dessen, was ich die Verhandlungskonstellation genannt habe, im Blick, ausdrücklich der eingangs gestellten heimlichen Leitfrage zuwenden können: Hätte es auch anders kommen können? Sie ist in zwei Fragen aufzugliedern: Hätte der Versuch, die Wiedervereinigung im Wege vertraglicher Einigung zu vollziehen, auch scheitern können? Und: Hätte man es besser machen können?

Dass die Verhandlungen über den Einigungsvertrag – zumal seit klar war, dass die 2+4-Verhandlungen den Weg zur Wiedervereinigung freigeben würden – unter hohem Erfolgsdruck standen, habe ich schon gesagt. Dass sie unter Zeitdruck standen, der letztlich auch ein Erfolgsdruck war, ebenso. Dass der Beitrittsbeschluss vom 23.August – er fiel mitten in die dritte Verhandlungsrunde – den Druck erhöhte, füge ich hinzu. Aber mag auch ein Scheitern der Verhandlungen unwahrscheinlich gewesen sein, die Ratifizierung des ausgehandelten Vertrages mit der erforderlichen Mehrheit in beiden Parlamenten war eine zweite Hürde. Beide Seiten hatten ihre *conditiones sine quibus non*. Und gerade weil man wusste, dass die Bundesrepublik die in sich zusammenstürzende DDR so oder so, mit und ohne Vertrag, würde auffangen müssen, hatten die Parlamente auch die Freiheit, äußerstensfalls nein zu sagen zu dem Vertrag.

Ein Beitritt der DDR ohne Vertrag, nur durch einseitige Erklärung nach Art.23 GG, hätte freilich bedeutet, dass der gesamtdeutsche Gesetzgeber alle Folgeprobleme des Beitritts, ich wiederhole: alle, zu regeln gehabt hätte. Mehrheitsentscheidungen, von denen niemand wissen konnte, wie sie ausfallen würden, wären an die Stelle von Übereinkünften zwischen zwei Vertragsparteien getre-

ten. Das konnte jedenfalls für die östliche Seite keine verlockende Alternative sein. Für sie vor allem bedeutete der Vertrag Reduktion von Zukunftsungewissheit, die ohnehin groß genug war. Von gleichem Gewicht für die DDR war sicher die symbolische Bedeutung der Figur des Vertrages als einer Willensübereinkunft zwischen Subjekten rechtlich gleichen Ranges.

Die erste Antwort auf unsere Frage, ob es auch anders hätte kommen können, lautet also: Auf die Vereinigung wäre es wohl, so wie es um die DDR nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes stand; so wie die Verhältnisse in der DDR sich vom Frühjahr 1990 an entwickelten, unausweichlich hinausgelaufen. Aber das „Wie“ war offen. Und dieses „Wie“ war eine Frage von erstrangiger Bedeutung. Alles spricht dafür, dass die Entscheidung für die Vertragslösung die richtige war.

Das ist – ein Stück weit – auch schon eine Antwort auf die andere, gleichsam in die Gegenrichtung weisende Frage: Hätte man es besser machen können? Sie führt uns tiefer als die Frage nach den Möglichkeiten des Scheiterns in die Untiefen der Spekulation hinein. Dennoch will ich ihr nicht ausweichen. Viel Zeit fürs Spekulieren bleibt mir ohnehin nicht mehr.

Das große Thema der Intellektuellen, im Westen mehr als im Osten, war, dass das wiedervereinigte Deutschland eine neue Verfassung brauche. Die SPD griff die Forderung auf. Aber zum Thema der Bürger im Allgemeinen wurde sie nicht, weder im Westen noch im Osten. Und das aus guten Gründen. Die Wiedervereinigung zu nutzen, um verfassungspolitische Ziele durchzusetzen, die sich anders nicht hätten durchsetzen lassen, war keine gute Idee. Das Grundgesetz wurde damals und wird noch immer von einem wohlbegründeten, in einem halben Jahrhundert gewachsenen, stabilen Konsens getragen. Das ist ein Gut, das kein Gemeinwesen ohne Not aufs Spiel setzen darf. Es war und ist offensichtlich, dass die Forderungen, mit denen nach einer neuen Verfassung ge-

rufen wurde, keinen neuen Verfassungskonsens hätten stiften, sie hätten nur den alten zerstören können. Vorsichtiger formuliert: Ein verfassungsgebender Prozess hätte notwendig ein hohes Maß an Zukunftsungewissheit mit sich gebracht, übrigens nicht nur für die Deutschen selbst, sondern auch für ihre Partner jenseits der Grenzen, die doch elementar an Zukunftsgewissheit interessiert waren. Die Wiedervereinigung unter Bewahrung des Grundgesetzes zu bewerkstelligen, war also ein Gebot politischer Vernunft. Man kann es auch so sagen: Die Wiedervereinigung war, in der Begrifflichkeit des amerikanischen Politikwissenschaftlers Bruce Ackermann, kein „constitutional moment“, kein historischer Augenblick, in dem sich ein Volk um eine neue Verfassungsidee schart und ihr zum Durchbruch verhilft.

Anders verhält es sich wohl mit der Frage, ob es vernünftig war, das gesamte bundesrepublikanische Institutionensystem, die bundesrepublikanische Rechtsordnung bis auf Punkt und Komma in die neuen Länder zu transferieren. Wäre es nicht nur sinnvoll sondern auch möglich gewesen, den neuen Ländern mehr Spielräume für eigene Lösungen zu eröffnen, und zwar nicht nur ganz vorübergehend? Das hätte den mutigen, aber durch die Verhältnisse nahegelegten Entschluss, es mit einem asymmetrischen Föderalismus zu versuchen, verlangt, eine der deutschen bundesstaatlichen Tradition sehr fremde Konzeption, die aber den Föderalismus hierzulande durchaus hätte beleben können.

Auf westlicher Seite ist kaum eine Entscheidung des Einigungsvertrages so heftig, so erbittert, schließlich so verbittert diskutiert worden wie die, die Enteignungen der Jahre 1945-1949 festzuschreiben. Sie kann, wenn die Frage gestellt wird, ob man es hätte besser machen können, nicht ausgeklammert werden. Mich hat immer gewundert, dass die Regierung sich zur Rechtfertigung dieser Festschreibung vor allem darauf berufen hat – auch vor dem Bundesverfassungsgericht –, die Sowjetunion habe auf ihr bestanden. Wie ernst es der Sow-

jetunion damit wirklich war, ist unklar. Klar hingegen ist, dass die DDR den Vertrag ohne die Festschreibung nicht unterschrieben und nicht ratifiziert hätte. Dieser Preis musste gezahlt werden, wenn man eine einvernehmliche Wiedervereinigung wollte. Zu stellen ist allein die Frage, ob man angemessene Ausgleichs- und Entschädigungslösungen für die, denen im Namen der Wiedervereinigung ein Sonderopfer abverlangt wurde, gefunden hat. Diese Frage allerdings kann man mit guten Gründen stellen.

Ein viertes Thema: Dass die Wiedervereinigung mit ihren gewaltigen Folgekosten im Wesentlichen durch Kreditaufnahme, also durch die Überwälzung dieser Kosten auf die Zukunft finanziert wurde, war keine Entscheidung des Einigungsvertrages. Aber mit dem Fonds „Deutsche Einheit“, der seine rechtliche Grundlage im Einigungsvertrag erhielt, sind die Weichen in diese Richtung gestellt worden. Es gibt also gute Gründe, die Finanzierungsregelung bei einer kritisch-bilanzierenden Würdigung des Einigungsvertrages jedenfalls anzusprechen. Mutig war sie nicht, diese Regelung, kein Ausdruck des Vertrauens in den Bürger. Dass das strikte Nein zumal des Bundeskanzlers zu Steuererhöhungen die bevorstehenden Wahlen im Blick hatte, ist offensichtlich.

Hätte man es besser machen können? – unsere abschließende Frage stellt sich mit der größten Dringlichkeit im Blick auf den dramatischen, massenhaften Verlust an Arbeitsplätzen, der die neuen Länder traf. Dieser Verlust war der eigentliche, tiefe und folgenreiche, bis heute fortwirkende Vereinigungsschock, weil er elementar zerstörerisch in die Lebenswelt der Bürger hineinwirkte. Aber das ist ein Thema, das in keinem direkten Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag mehr steht. Und ohnehin nur in einem neuen, eigenen Vortrag bewältigt werden könnte.

Für den Einigungsvertrag wird man sagen können, dass er, alles in allem, den Test der Geschichte bestanden hat. Er hat, was die beiden Seiten einander zu-

muteten, zumuten mussten, in eine erträgliche Balance gebracht. Und das heißt ja auch: In diesem historischen Augenblick standen zu Deutschlands Glück die richtigen Männer am richtigen Platz.